

# Kranker Witz: Nichts „Grünes“ an den kalifornischen Vorschriften für Elektrofahrzeuge

geschrieben von Andreas Demmig | 11. März 2024

Stopthesethings

Theoretisch ist an vollelektrischen Fahrzeugen nichts auszusetzen. Aber wenn sie wirklich ein sinnvoller Ersatz für Benzin- oder Dieselfahrzeuge wären, wären diese bereits aus der Mode gekommen. Außer, dass aus irgendeinem seltsamen Grund die Käufer sich noch meist für Autos mit Verbrennungsmotoren entscheiden.

---

# Deutschland befindet sich wahrscheinlich in einer Rezession, die Zentralbank gibt der Grünen Agenda die Schuld

geschrieben von Andreas Demmig | 11. März 2024

Nike Pope, Mitwirkender, 19. Februar 2024, Daily Caller News Foundation  
Die Deutsche Bundesbank befindet, dass Deutschland sich unter anderem aufgrund der Klimapolitik in einer technischen Rezession befindet.

---

# „Wir werden immer ärmer“: Die De-Industrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange

geschrieben von Andreas Demmig | 11. März 2024

Nike Pope, Mitwirkender, 10. Februar 2024, Daily Caller News Foundation  
Die Sonne geht unter, über Deutschlands einst produktiver Industriebasis, während das Land weiterhin mit einer anhaltenden

Energiekrise und einer allgemeinen wirtschaftlichen Malaise zu kämpfen hat, berichtete Bloomberg News am Samstag.

---

# Demokraten, die hysterisch „Klimakrise“ schreien, stimmten gegen Gesetzentwurf zur Förderung emissionsfreier Kernenergie

geschrieben von Andreas Demmig | 11. März 2024



Nick Pope, Mitwirkender, 29. February 2024

Zahlreiche Demokraten, die entschiedene Befürworter umfassender staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind, stimmten am Mittwoch gegen einen überparteilichen Gesetzentwurf, der die kohlenstofffreie Nutzung der Kernenergie erleichtert.

Der Atomic Energy Investment Act, der von dem republikanischen Abgeordneten Jeff Duncan aus South Carolina und der demokratischen Abgeordneten Diana DeGette aus Colorado eingebracht wurde, passierte das Repräsentantenhaus mit 365-36-1 Stimmen, wobei 29 Abgeordnete nicht für das Gesetz stimmten. Der Gesetzesentwurf würde mehrere Schritte unternehmen, um die Genehmigung und den Bau emissionsfreier nuklearer Erzeugungskapazitäten in den USA zu erleichtern, aber zahlreiche prominente Demokraten, die einen alarmistischen Klimadiskurs vertreten, stimmten trotz des prognostizierten erheblichen Anstiegs des Energiebedarfs in den USA dagegen.

Der Gesetzentwurf würde insbesondere das Genehmigungsverfahren für Kernenergie und damit verbundene Aktivitäten vereinfachen, die staatlichen Genehmigungsgebühren für fortschrittliche Kernreaktoren senken und die Effizienz des erforderlichen Umweltsicherungsverfahrens für die Entwicklung der Kernenergie erhöhen, heißt es in dem Text. Der Gesetzentwurf würde auch ein Testprogramm für das Energieministerium (DOE) einführen, um langfristige Abnahmevereinbarungen für kommerziell genutzten Strom aus Kernkraftwerken abzuschließen, wenn er Gesetz wird.

Das Energieministerium betrachtet die Kernenergie als „emissionsfreie, saubere Energiequelle“, die eine hohe Energiedichte aufweist und keine großen Flächen in Anspruch nimmt.

House Passes Bill Mandating The Purchase Of Domestic Nuclear Fuel  
<https://t.co/8lABBGWiji>

– Daily Caller (@DailyCaller) December 14, 2023

Die demokratische New Yorker Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, die früher ein massives Green-New-Deal-Paket für 2019 gesponsert und aggressiv vorangetrieben hatte, stimmte gegen das Gesetz. Ocasio-Cortez hat den Klimawandel als „katastrophale Klimakrise“ bezeichnet. Sie ermutigte die Klimaaktivisten, ... ihre Bewegung „größer und radikaler zu machen, damit sie nicht ignoriert werden können.“

Der demokratische Abgeordnete Maxwell Frost aus Florida, das jüngste Mitglied des Kongresses, schloss sich der progressiven Kollegin Ocasio-Cortez an und stimmte mit „Nein“ gegen den Gesetzentwurf. Frost hat als Reaktion auf die „Klimakrise“, die er für „das gefährlichste existenzielle Problem, mit dem wir konfrontiert sind“ hält, Maßnahmen der Regierung gefordert.

Der demokratische kalifornische Abgeordnete Ro Khanna stimmte ebenfalls gegen den Gesetzentwurf. Khanna nahm an einer Fundraising-Veranstaltung für eine störende Klimaaktivistengruppe teil, die einige seiner Kongresskollegen ins Visier genommen hat, und forderte die Regierung Biden auf, einen „Klimanotstand“ auszurufen, um die Befugnisse des Präsidenten zur Bekämpfung der „Klimakrise“ freizugeben.

Die demokratischen Repräsentanten Cori Bush aus Missouri und Pramila Jayapal aus Washington, zwei linke Demokraten, die den Klimawandel als eine sich anbahnende Katastrophe bezeichnet haben, stimmten ebenfalls gegen den Atomic Energy Investment Act.

Ilhan Omar, die demokratische Kongressabgeordnete aus Minnesota, stimmte gegen das Gesetz. Omar hat den Klimawandel ebenfalls als eine sich entwickelnde „Klimakrise“ bezeichnet und im September 2023 erklärt, dass „die Reduzierung von Emissionen und Investitionen in saubere Energie oberste Priorität haben müssen“.

Der demokratische Abgeordnete Jamie Raskin aus Maryland stimmte ebenfalls gegen den Gesetzentwurf, obwohl er an eine andauernde „Klimakrise“ glaubt und andere politische Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Emissionen befürwortet.

Die Büros aller in dieser Geschichte erwähnten Abgeordneten reagierten nicht sofort auf Bitten um Stellungnahme.

*All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact [licensing@dailycallernewsfoundation.org](mailto:licensing@dailycallernewsfoundation.org).*

<https://dailycaller.com/2024/02/29/dems-climate-crisis-voted-against-nuclear-power-emissions/>

Übersetzt durch Andreas Demmig

---

# **Umweltbehörde EPA passt teure Regelung für „grüne Kraftwerke“ an, um sich gegen rechtliche Anfechtungen abzusichern**

geschrieben von Andreas Demmig | 11. März 2024

Nick Pope, Mitwirkender, 29. Februar 2024, Daily Caller News Foundation, Die Environmental Protection Agency (EPA) verringert den Umfang ihres Vorschlags zur Umgestaltung des amerikanischen Stromnetzes, um sich gegen rechtliche Anfechtungen zu schützen. Die zugrunde liegenden Ziele scheinen sich aber nicht geändert zu haben, so Bloomberg News und Netzexperten, die mit der Daily Caller News Foundation sprachen.